



Ergun Can (50) ist seit fünf Jahren Gemeinderat in Stuttgart. Als er der SPD beitrug, war er 24 Jahre alt. FOTO: SCHÄFER

Zuwanderer in Parteien

Engagement mit Hindernissen

„Integration braucht Vorbilder“, ist eine Veranstaltung an diesem Freitag im Landtag überschrieben. Der Satz gilt in Schulen wie im Beruf, in der Freizeit wie im Ehrenamt. Und er gilt auch in Parteien. Doch gerade in der Politik stoßen Zuwanderer wieder und wieder an Grenzen.

Von Martina Schäfer

STUTTGART/NECKARSULM. Die Geschichte ist wie gemacht für einen Sozialdemokraten. Es ist die Geschichte von einem, der sich durchgeboxt hat, mit viel Einsatz und einem starken Willen. Der erste Hauptschulabschluss und Lehre absolvierte, später ein Studium. Der sich für die Gewerkschaft engagierte und im Betriebsrat, der Parteiämter und einen Sitz im Stadtrat von Stuttgart übernahm. Die Lebensgeschichte des Mannes im grauen Anzug passt zur SPD wie die kleine, rote Anstecknadel an seinem Revers. In einer Biografienammlung von Sozialdemokraten würde sie nicht auffallen. Der Name des Mannes schon. Er heißt Ergun Can.

Mehr als 45 Jahre sind vergangen, seit Ergun Can mit seinen Eltern aus Istanbul nach Deutschland kam. Fünf Jahre war er alt und den starken Willen muss er damals schon gehabt haben. Denn während der stundenlangen Zugfahrt sprach er kein Wort mit Mutter und Vater, er wollte nicht umziehen, wäre am liebsten bei den Großeltern in der Türkei geblieben. Inzwischen ist aus dem kleinen Jungen nicht bloß ein SPD-Parteimit-

glied wie aus einem Musterbuch für Sozialdemokraten geworden. Auch manche deutsche Eigenschaft hat er sich zueigen gemacht: Pünktlichkeit zum Beispiel und die Vorliebe für Vereine. In der Freizeit schnitzt er schwäbisch-alemannische Fastnachtmasken. Sein Heimatland wird immer Teil seines Lebens bleiben, doch in Deutschland fühlt er sich zu Hause. Auch in seiner Partei. Jedenfalls meistens.

Wie in der Union, bei der FDP und den Grünen sind Zuwanderer in der SPD ausdrücklich gewünscht. „Menschen mit Migrationshintergrund sind willkommen“, sagt der Sprecher der Landes-SPD, Andreas Reißig. Doch in allen Parteien stoßen sie wieder und wieder auf Widerstände. Selten geschieht das offen und direkt wie in Dortmund, wo zwei Genossen ihr Parteibuch zurückgaben, als ein Deutsch-Türke zum stellvertretenden Vorsitzenden eines Ortsvereins gewählt wurde. Oft passiert es im Kleinen, versteckt, aber spürbar. Ergun Can hat das erlebt. Es ist ein Grund, weshalb er Bundesvorsitzender des parteiübergreifenden „Netzwerks türkischstämmiger Mandatsträger“ wurde.

Das Tätigkeitsfeld ist abgesteckt

Auch Mustafa Kara ist Mitglied. Er ist 42, ein Apotheker mit dunklen Locken und randloser Brille, seit 1989 in Deutschland, seit fünf Jahren für die CDU im Stadtrat von Neckarsulm. Sein politisches Engagement ist genau abgesteckt. Es reicht vom einen Ende des Rathauses bis zum anderen. Von Vor-Ort-Termin

zu Vor-Ort-Termin. In die Räume des CDU-Stadtverbands reicht es nicht. „Ich bin von den Bürgern gewählt und will meinen Beitrag für die Stadt leisten“, sagt er, „in der Partei bin ich nicht aktiv.“ Es gab Momente, in denen Mustafa Kara die Ablehnung von Parteikollegen bemerkt hat. Ihre Vorsicht. Zumindest ihre Distanz. Er hat Erklärungen dafür gefunden, spricht vom zurückhaltenden Umgang mit Fremden und von der Sorge um die Wähler. Und er hat die Grenzlinien um sein Tätigkeitsfeld gezogen. Mustafa Kara ist ein pragmatischer Mensch. Er macht, was möglich ist. Den Rest lässt er sein. „In höheren Funktionen sind Migranten noch nicht erwünscht“, stellt er fest.

Ergun Can kennt das. Als er sich um einen Platz auf der SPD-Landesliste für die Bundestagswahl bemühte, vermisste er die Unterstützung von Parteigenossen. Entmutigen ließ er sich dennoch nicht. Der Maschinenbauingenieur entschloss sich, weiterhin in Stuttgart Politik zu machen, sein Name steht auf Platz sechs der Liste zur Kommunalwahl. Die Berlin-Pläne stellte er hinten an. „Die Zeit war 2009 noch nicht reif“, sagt er, „vielleicht ist sie es später.“

Die Wörter „noch“ und „nicht“ kommen oft vor, wenn es um die Möglichkeiten für Zuwanderer in den Parteien im Land geht: Noch ist die Beteiligung nicht groß, noch ist das Engagement nicht selbstverständlich, noch sind die Chancen nicht ausgeglichen. Die Formulierungen lassen Raum für Steigerung. Die haben die Parteien nötig. Zwar gibt es Beispiele: Nikolaos Sakellariou etwa, den SPD-Landtagsabge-

ordneten und Sohn eines Griechen. Oder Cem Özdemir, den Bundesvorsitzenden der Grünen. In den vergangenen Jahren ist allein die Zahl der türkischstämmigen Abgeordneten in den Landesparlamenten und im Bundestag um 35 auf 85 Personen gestiegen. Dem Anteil von Zugewanderten in der Gesellschaft entspricht sie aber nicht. Manche Parteioberen wünschen sich zudem mehr Migranten, um mit ihnen Stimmen zu gewinnen.

Keine Alibi-Kandidaten auf den Listen

Ergun Can fürchtet, dass es deshalb irgendwann Alibi-Kandidaten auf den Listen geben könnte. Männer und Frauen mit türkisch, italienisch, griechisch oder russisch klingenden Namen. Er lehnt das ab. Die Rechnung werde nicht aufgehen, meint er, und dass Wähler sich authentische Kandidaten wünschen. Sobald Ergun Can den Eindruck hat, selbst als Aushängeschild zu gelten, wehrt er sich. „Ich bin ein Teil dieser Gesellschaft“, sagt er. Seine Stimme ist fest und bestimmt. In manchen Punkten will der Mann mit den freundlichen dunklen Augen nicht diskutieren.

MEHR ZUM THEMA

Bei der Veranstaltung „Integration braucht Vorbilder“ der Grünen-Fraktion wird unter anderem Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen, zu Gast sein. Einen Bericht über die Veranstaltung lesen Sie am Sonntag unter www.staatsanzeiger.de in der Rubrik Politik.

Jugendliche

„Im Rausch schlagen die Jungen heute zu wie früher Erwachsene nicht“

Polizei versucht, durch Prävention entgegenzuwirken

STUTTGART. Sie treten und schreien, sie trinken und prügeln, sie kennen keine Grenzen: Gewaltbereite Jungs werden nicht nur immer jünger, sie werden auch immer brutaler. Für viele Schulen und Vereine sind der Amoklauf von Winden und Waiblingen und der Vierfach-Mord von Eislungen Anlass, sich des Themas (noch) intensiver anzunehmen als bisher.

Brutalität der Übergriffe hat zugenommen

„Es gibt eine große Betroffenheit“, sagt Ulrich Sauter, der Leiter der Stabstelle Prävention in der Polizeidirektion Stuttgart. Es gebe zugleich aber auch sehr viele Fragen nach einem solchen „wahnsinnigen Ausleben“ von Gewalt. Die Polizei in der Landeshauptstadt bietet, ähnlich wie das Landeskriminalamt, seit Langem ihre Unterstützung an. Sauter kann auf viele Jahre Erfahrung in der Großstadt zurück- und dementsprechend die Entwicklung überblicken.

Die Qualität der Übergriffe auf den Schulhof, vor der Bushaltestelle, im Jugendhaus, in der S-Bahn sei eine andere geworden, sagt er und präsentiert ein „Beispiel aus dem Alltag“: Früher haben jugendliche Täter zugeschlagen, einmal, vielleicht zweimal, eine Prügelei hat sich entwickelt oder die Kontrahenten haben wieder von einander abgelassen. „Heute“, berichtet der Leiter der Stabstelle Prävention, „wird geschlagen bis einer auf dem Boden liegt, um dann weiter auf ihn einzutreten.“

chische Gewalt geraten. „Wir wollen so früh wie möglich das Bewusstsein schärfen“, erläutert Sauter. Deshalb kommen die Beamten schon in dritte oder vierte Grundschulklassen – und seien dort „sehr gerne gesehene Gäste“. Gäste in Uniform, die Eindrücke machen.

Zum stabilen persönlichen Kontakt kommt die Struktur der Arbeit: In jedem Revier in der Landeshauptstadt gibt es Präventionsbeamte und Jugendsachbearbeiter. Sie sind eingebunden in ein Netzwerk, tauschen sich über Entwicklungen aus. Etwa, dass immer früher zum Alkohol gegriffen wird, der seiner enthemmenden Wirkung wegen zur Brutalität der Taten beiträgt. „Im Rausch schlagen die Jungen heute zu wie früher Erwachsene nicht“, sagt der Beamte, der selber viele Jahre lang Streifen dienst und die Arbeit auf mehreren Revieren hinter sich hat.

Jeder zweite Straftäter wandert erneut ins Gefängnis

Kann die erste Tat nicht verhindert werden, nimmt das Unglück in der Mehrzahl der Fälle seinen Lauf. Wie Anfang der 1990er-Jahre in Ostfildern-Kemnat. Jugendliche Wiederholungstäter hatten alkoholisiert so lange mit dem Baseballschläger auf einen Kosovo-Albaner eingedroschen, bis er tot war. Mehrere von ihnen hatten bereits Gefängnisstrafe abgeurteilt. Keiner von ihnen war arbeitslos.

Die neuesten Zahlen aus dem Innenministerium sprechen eine ähnliche Sprache: Nach vollständi-



Früher war die Schlägerei beendet, wenn das Opfer am Boden lag. Heute geht es nach Angaben der Polizei dann oft erst richtig los. FOTO: DPA

Täterinnen sind immer noch seltener als Täter. Zwar nimmt die Brutalität unter Mädchen zu – Sauter: „Gewalt wird in bestimmten Kreisen nicht mehr nur akzeptiert, sondern auch selber angewandt“ –, doch noch immer dominieren Jungen und Männer die Statistik: Jungen begehen lediglich ein Viertel aller Straftaten. Wird der Ladendiebstahl herausgerechnet, schlägt das Pendel noch stärker zuungunsten der Männer aus.

Polizisten machen Schülern Mut, Taten anzuzeigen

In der Präventionsarbeit will die Polizei der Jugendkriminalität entgegenwirken. Ohne messbaren Erfolg. Mehr noch: Eine höhere Zahl von Straftaten könnte sogar Ausweis guter Polizeiarbeit sein, weil angesichts ihrer regelmäßigen Besuche in Schulen oder Vereinen mehr Opfer den Mut aufbringen, Taten anzuzeigen. Die Polizei verdeutlicht in den Gesprächen mit den Jugendlichen nicht nur ihre eigene Rolle, sondern vor allem auch die Situation, in die Opfer durch physische und psy-

ger Verbüßung einer Jugendstrafe von bis zu zwei Jahren müssen 78 Prozent der Jugendlichen oder jungen Erwachsenen innerhalb von vier Jahren erneut sanktioniert werden, mehr als 50 Prozent müssen wieder ins Gefängnis. (bjhw)

Selbstverständnis der Täter

Kerstin Lund hat vor einigen Jahren in Bremen über jugendliche Straftäter promoviert. Herausgekommen ist unter anderem ein Fragebogen zur Einordnung der eigenen Person und des sozialen Umfeldes. Zugleich hat die Psychologin die Rolle jugendlicher Straftäter analysiert.

Ihre Botschaft ist eindeutig: Sie gefallen sich, sie geben an, sich nicht ändern, sondern eher noch aggressiver werden zu wollen. Zugleich beschreiben sie das eigene Verhalten nicht als Aktion, sondern als Reaktion auf ihre Umwelt. Und noch eine Erkenntnis wurde herausgefiltert: Lehrer oder Lehrerinnen finden gar keinen Zugang mehr, denn Themen wie Bildung und Weiterbildung sind ohne Bedeutung.

Regelungen zum Thema

CDU

„Mitglied der Christlich Demokratischen Union [...] kann jeder werden, der ihre Ziele zu fördern bereit ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht [...] die Wahlbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat. Wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union nicht besitzt, kann als Gast [...] mitarbeiten. Er kann in die Partei aufgenommen werden, wenn er nachweisbar seit mindestens drei Jahren ununterbrochen im Geltungsbereich des Grundgesetzes wohnt.“

(Statut der CDU Deutschland)

SPD

„Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört jede Person, die die Mitgliedschaft erworben hat. Es darf aufgenommen werden, wer sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und das 14. Lebensjahr vollendet hat. [...] Die Stellung von Parteimitgliedern und Beitrittswilligen, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben und die Bildung von Auslandsortvereinen regelt der Parteivorstand durch Richtlinie.“

(Organisationsstatut der Bundes-SPD)

Grüne

„Mitglied der Landespartei kann werden, wer die Grundsätze und Ziele der Landespartei bejaht, keiner anderen Partei im Geltungsbereich des Grundgesetzes angehört und in keinem anderen Landesverband von Bündnis 90 / Die Grünen Mitglied ist. Jedes Mitglied hat das Recht, sich an der politischen Willensbildung der Partei zu beteiligen, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen und die angebotenen Serviceleistungen in Anspruch zu nehmen.“

(Satzung der Grünen Baden-Württemberg)

FDP

„Die Aufnahme von Ausländern setzt im Regelfalle einen Aufenthalt von zwei Jahren im Geltungsbereich des Parteiengesetzes voraus. [...] Die Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei ist unveränderlich mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft [...] in einer anderen [...] Partei oder Wählergruppe. Das gleiche gilt bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in einer ausländischen Partei, Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der FDP widerspricht.“

(Satzung der FDP Baden-Württemberg)